

Stand: 22.06.2026 10:34:57

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11457

"Energiepreiskrise bewältigen. Menschen entlasten. Abhängigkeit von fossilen Energien beenden"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11457 vom 15.04.2026
2. Beschluss des Plenums 19/11517 vom 15.04.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 15.04.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmarr Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

### **Energiepreiskrise bewältigen. Menschen entlasten. Abhängigkeit von fossilen Energien beenden**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die durch den Iran-Krieg und die Blockade der Straße von Hormus ausgelöste Energiepreiskrise die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland und Bayern massiv belastet. Das vom Koalitionsausschuss am 12. April 2026 beschlossene Energiesofortprogramm ist daher ein wichtiger erster Schritt zur Entlastung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für weitere Maßnahmen einzusetzen:

- Entwicklung eines dauerhaften Preissicherungsmechanismus für Kraftstoffe, zum Beispiel nach dem Vorbild der Gaspreisbremse 2023, der zugleich Energiesparanreize setzt und über die befristete Energiesteuersenkung hinaus wirkt, solange die Krise andauert, und automatisch ausläuft, wenn sich die Marktlage normalisiert
- Einführung einer Übergewinnsteuer auf europäischer Ebene zur Abschöpfung krisenbedingter Sondergewinne der Mineralölwirtschaft und zur Gegenfinanzierung der Entlastungsmaßnahmen
- Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Verbraucherinnen und Verbraucher, um die Elektrifizierung von Mobilität und Wärmeversorgung wirtschaftlich attraktiver zu machen
- Beschleunigung des Ausbaus der Stromnetze und Energiespeicher, um die Versorgungssicherheit bei wachsendem Anteil erneuerbarer Energien zu gewährleisten und die Abhängigkeit von fossilem Erdgas auch für die Absicherung von Dunkelflauten schrittweise zu verringern
- ein klares Ja zum beschleunigten Ausbau und der Förderung von Elektromobilität und Wärmepumpen, damit der Umstieg von fossilen auf elektrische Energieträger für Haushalte und Betriebe beschleunigt wird

### **Begründung:**

Die Internationale Energieagentur stuft die durch den Iran-Krieg verursachte Angebotsstörung als die größte Krise in der Geschichte des globalen Ölmarkts ein. Die Straße von Hormus – das Nadelöhr für rund 20 Prozent des weltweiten Rohöltransports – ist faktisch blockiert. Die am 8. April 2026 verkündete Waffenruhe ist brüchig: Der Iran griff am ersten Tag weiterhin Ziele in Golfstaaten an, Israel nahm den Libanon von der Waf-

fenruhe aus, und am 12. April kündigte US-Präsident Donald Trump eine eigene Blockade durch die US-Marine an. Goldman Sachs warnt bei anhaltender Blockade vor Ölpreisen von 100 bis 120 Dollar pro Barrel. Experten rechnen bei einer längeren Unterbrechung sogar mit bis zu 150 Dollar – das wäre ein historischer Rekord und würde Spritpreise von fast drei Euro pro Liter bedeuten. Auch der Gasmarkt ist massiv betroffen: Qatars LNG-Komplex Ras Laffan, die größte LNG-Anlage der Welt, ist beschädigt, die vollständige Erholung wird drei bis fünf Jahre dauern. Die Gaspreise bleiben nach Experteneinschätzung selbst nach einem Friedensabkommen deutlich über Vorkriegsniveau – mit direkten Folgen für Millionen Haushalte, die mit Gas heizen, und für die Stromversorgung, weil Erdgas als Brückenenergie gebraucht wird.

Das Energiesofortprogramm des Koalitionsausschusses – die befristete Senkung der Energiesteuer um 17 Cent pro Liter für zwei Monate – ist als schnelle Krisenreaktion gut. Aber erstens ist die Maßnahme zeitlich begrenzt: Bundeskanzler Friedrich Merz hat selbst eingeräumt, dass die Preise danach wieder steigen werden, und die geopolitische Lage gibt keinen Anlass zur Annahme, dass sich die Krise bis dahin entspannt. Zweitens birgt eine pauschale Steuersenkung die Gefahr, dass ein erheblicher Teil der Entlastung bei den Mineralölkonzernen statt bei den Verbrauchern ankommt – genau diese Erfahrung wurde beim Tankrabatt 2022 gemacht. Bundesminister der Finanzen Lars Klingbeil hatte deshalb weiterreichende Maßnahmen vorgeschlagen: einen Preisdeckel nach europäischem Vorbild, eine Mobilitätsprämie und eine Übergewinnsteuer. In Luxemburg, Belgien und Griechenland gibt es staatliche Höchstpreise oder Margenbegrenzungen für Kraftstoffe – diese Instrumente sind in europäischen Marktwirtschaften erprobt und funktionieren. Angesichts der voraussichtlichen Dauer der Krise wird die Koalition voraussichtlich nachlegen müssen. Die Übergewinnsteuer muss dabei ein zentraler Baustein sein: Wenn Mineralölkonzerne geopolitische Krisen für überhöhte Margen nutzen, ist die Abschöpfung dieser Sondergewinne ein Gebot der Fairness. Die EU hat mit dem Energiekrisenbeitrag 2022 ein funktionierendes Instrument geschaffen, das reaktiviert werden kann.

Die aktuellen Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag liefern keine Antwort auf die aktuelle Krise. Keine der Forderungen adressiert den Spritpreis, das Thema, das die Menschen in Bayern derzeit am unmittelbarsten belastet. Die geforderte Entlastungsprämie ist bereits Gegenstand des Koalitionsausschussbeschlusses. Die befristete Senkung des Deutschlandtickets auf 49 Euro ist verkehrspolitisch nachvollziehbar, aber: Die Preiserhöhung auf 63 Euro war Folge eines Finanzierungskonflikts zwischen Bund und Ländern, eine Rückkehr auf 49 Euro würde Milliardenkosten verursachen, die der Antrag weder beziffert noch gegenfinanziert. Der geforderte Solarbonus ist als Idee interessant, aber ohne jede Angabe zu Abrechnungssystemen und Umsetzbarkeit. Der kostenlose Energie-Check bietet gegenüber der bestehenden geförderten Energieberatung keinen erkennbaren Mehrwert und ist kein Krisenentlastungsinstrument. In der Gesamtschau bleibt der Antrag eine Sammlung unterschiedlichster Einzelforderungen, die der Kernfrage – wie können die explodierten Kraftstoffpreise jetzt gesenkt werden – ausweicht.

Die aktuelle Krise zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die fossile Abhängigkeit Deutschlands ein unmittelbares wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Risiko ist. Solange Mobilität, Wärmeversorgung und Teile der Stromerzeugung von Öl und Gas abhängen, bestimmen geopolitische Akteure über die Energiepreise in Deutschland mit. Die einzige dauerhafte Antwort ist die Beschleunigung der Energiewende durch konsequente Elektrifizierung: Ausbau der Stromnetze und Speicher, damit erneuerbare Energien zuverlässig zur Verfügung stehen; Förderung der Elektromobilität, damit die nächste Ölpreiskrise nicht mehr jeden Pendler trifft; Förderung von Wärmepumpen, damit Millionen Haushalte nicht mehr am Gaspreis hängen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte, aber bisher verschobene Senkung der Stromsteuer auf das Europäische Mindestmaß für alle Verbraucher ist dabei eine Schlüsselmaßnahme: Niedrigere Strompreise machen Wärmepumpen und E-Autos wirtschaftlich attraktiver und beschleunigen den Umstieg. Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, sie muss jetzt kommen. Elektrifizierung ist keine abstrakte Klimaschutzmaßnahme – sie ist konkrete Krisenvorsorge. Jedes E-Auto, jede Wärmepumpe, jeder Batteriespeicher macht Bayern unabhängiger von den fossilen Weltmärkten und den geopolitischen Risiken, die sie mit sich bringen.



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/11457

**Energiepreiskrise bewältigen. Menschen entlasten. Abhängigkeit von fossilen Energien beenden**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Ludwig Hartmann**

IV. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Andreas Jurca

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Florian von Brunn

Abg. Jenny Schack

Abg. Stefan Frühbeißer

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Markus Bächler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Raus aus der fossilen Kostenfalle: Entlastung schaffen, Abhängigkeiten beenden (Drs. 19/11442)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**Raus aus der "erneuerbaren" Kostenfalle: Entlastung schaffen, Subventions-Irrsinn beenden! (Drs. 19/11456)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

**Energiepreiskrise bewältigen. Menschen entlasten. Abhängigkeit von fossilen Energien beenden (Drs. 19/11457)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Martin Stümpfig das Wort. Bitte schön.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor vier Jahren hat Russland die Ukraine angegriffen und ganz Europa in eine massive Energiekrise gestürzt. Jetzt erleben wir mit dem Irankrieg und der Blockade der Straße von Hormus wieder das Gleiche.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer weiß, wann vielleicht auch ein Donald Trump den Flüssiggashahn zudreht und wir hier in die nächste Energiekrise schlittern. Die Konsequenz, die Lehre daraus

muss sein: Raus aus den fossilen Energien und rein in die Erneuerbaren, in unsere Heimatenergien –

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sonne, Wind, Wasser, Geothermie und Biomasse –; denn die sind sozusagen "home-grown", und da kann uns niemand den Hahn abdrehen. Deshalb sind das unsere Freiheitsenergien; denn sie dämpfen den Preisanstieg. Wir sehen es jetzt zum Beispiel beim Strompreis. In den ersten drei Monaten dieses Jahres lag der Anteil erneuerbarer Energien am Strompreis bei 70 %. Deshalb ist der Strompreis lange nicht so stark nach oben geschossen wie zum Beispiel der Preis an den Tankstellen. Die erneuerbaren Energien machen das Leben von uns allen günstiger und dämpfen den Preisanstieg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einer solchen Zeit könnte man denken, die Bundesregierung habe verstanden. Ja, sie packt an, die CSU ist auch dabei, aber was tun Sie? – Genau das Gegenteil. Wir haben ein Gebäudemodernisierungsgesetz, in dem Sie neue Öl- und Gasheizungen in dieser Phase erlauben. Wir haben ein Netzpaket, bei dem Sie als CSU in der Bundesregierung Netzengpassgebiete beschließen wollen, sodass große Solar- und Photovoltaikanlagen keine Vergütung mehr für ihre Abregelung erhalten. Auch wollen Sie als CDU, CSU und SPD in Berlin kleinen Solaranlagen keine Einspeisungsvergütung mehr gewähren. Dies ist ein Angriff auf das Sonnenland Bayern! Wo bleibt hier der Aufschrei, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Aufschrei ist minimal. Herr Holetschek hat sich einmal gemeldet, und der Wirtschaftsminister Aiwanger hat sich einmal geäußert. Es bleibt aber die Aussage des Ministerpräsidenten Markus Söder stehen, der Katherina Reiche ausdrücklich gelobt und gesagt hat, sie sei auf einem guten Weg. Auch hat er noch angefügt, es sei ein

großer Traum, dass die erneuerbaren Energien den Bedarf decken. Hier kann man nur den Kopf schütteln. In diesen Zeiten solche Worte des Ministerpräsidenten! Hierzu sagen wir ganz klar: Die Zukunft gehört den Erneuerbaren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Halten Sie an Katherina Reiche fest, obwohl sich herausgestellt hat, dass sie sich von E.on und EnBW alles in die Feder diktieren lässt, ist es am Ende Ihre Verantwortung, wenn alles den Bach hinuntergeht und das Leben für die Bürgerinnen und Bürger hier in Deutschland massiv verteuert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen klare Anreize, die in unserem Dringlichkeitsantrag aufgeführt sind: Stromsteuer herunter, das Deutschlandticket verbilligen, ein Deutschlandticket für die Jugend für 9 Euro einführen, einen Solarbonus, ein Tempolimit von 130 km/h und einen Energiecheck für alle Häuser. Dies sind klare Maßnahmen und kein Strohfeuer,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wie sieht es mit der Gegenfinanzierung aus? Wer soll das bezahlen?)

wie es jetzt die Bundesregierung plant. Die Menschen wollen das, die Menschen machen das mit. Wir müssen den Weg ebnen. Ich freue mich darauf, am Samstag mit sehr, sehr vielen Menschen hier in München zum Beispiel am Siegestor zu demonstrieren und die Energiewende sowie die erneuerbaren Energien zu verteidigen. Wir werden Markus Söder vor der Staatskanzlei zurufen, der heute wieder einmal nicht hier ist: Herr Söder, es ist kein Traum! Die Erneuerbaren verbilligen unser Leben heute schon massiv. Die erneuerbaren Energien können das. – Auch werden wir Herrn Aiwanger vor dem Wirtschaftsministerium zurufen, dass Öl und Gas Abhängigkeitsenergien sind und dass die Staatsregierung und die Bundesregierung jetzt endlich einmal verstehen müssen, dass den erneuerbaren Energien die Zukunft gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Herr Kollege Andreas Jurca für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Haben Sie Ihren Mitarbeiter schon entlassen?)

**Andreas Jurca (AfD):** Nein, das tue ich nicht. – Werter Herr Vizepräsident, wertees Präsidium, werte Kollegen! Gehen wir einmal die Lösungsvorschläge im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN zum Thema Energie- und Treibstoffkosten durch. Erste Forderung: Kosten für das Deutschlandticket senken. Meine Damen und Herren, ob das Deutschlandticket 63, 53, 49 oder 9 Euro kostet, macht keinen Unterschied. Daran liegt es nicht, dass die Leute es nicht kaufen oder brauchen. Wir müssen auch an die ländlichen Regionen denken, wo es die Infrastruktur gar nicht gibt. Dann muss man sich die ehrliche Frage stellen: Wollen wir diese Infrastruktur aufbauen? Was kostet uns das? Was sind wir bereit, dafür zu bezahlen? Der Lösungsansatz hier ist komplett falsch. Wollen Sie mehr Leute in öffentliche Verkehrsmittel bringen, müssen Sie diese zuverlässig und vorhanden machen in Regionen, wo es sie nicht gibt. Wir sehen in dieser Hinsicht absolut keine Entlastung durch Ihre Forderung.

Kommen wir zur Festlegung einer Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen. Meine Damen und Herren, laut einer Studie des ADAC ist das Einsparpotenzial dadurch marginal. Wir reden von circa 1,6 %. Das ist irrelevant und, ganz ehrlich, auch nicht das, was die Leute fordern. Im europäischen Ausland gibt es bereits Geschwindigkeitsbegrenzungen und trotzdem ein Problem mit den Treibstoffpreisen.

Über die Einführung eines Mobilitätsgelds als Entlastung für Beschäftigte mit geringem Einkommen könnte man reden, aber hier kommen wir wieder zu der Frage, ob geprüft wird, ob sie es für ihren Beruf benötigen. Es ist ein fulminanter Unterschied, ob einer 20 Kilometer zu seinem Job fährt oder auf 200 Kilometer am Tag kommt. Der Steuerfreibetrag bzw. die Erhöhung der Pendlerpauschale sind hier der richtige

Weg. Meine Damen und Herren, lassen Sie jemandem, der so hohe Kosten durch das Pendeln hat, doch einfach mehr Geld von dem, was er selbst verdient.

Kommen wir zur Senkung der Stromsteuer auf europäisches Minimum. Diese Forderung würden wir gerne unterstützen und übernehmen wir auch in unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag. Sie verwässern diese Forderung aber bzw. machen diese obsolet, indem Sie sie als Aufhänger zur Forcierung Ihrer Energiepolitik nehmen, die in Deutschland zu den weltweit höchsten Strompreisen geführt hat. Meine Damen und Herren, der Preis liegt aktuell bei 40,5 Cent pro Kilowattstunde.

(Zurufe von den GRÜNEN: Das ist falsch! – Florian von Brunn (SPD): 27 Cent pro Kilowattstunde im Moment!)

Aus einer Schriftlichen Anfrage meines Kollegen Raimond Scheirich im Bundestag geht hervor, wir subventionieren diese Kosten aus Steuergeldern noch mit circa 9 Cent. Also sind wir irgendwann bei Kosten von 50 Cent, wenn wir ehrlich sind. Im Übrigen gibt es auch eine Unehrllichkeit, was das Bruttogehalt allgemein angeht. Der Arbeitgeberanteil wird nirgendwo aufgeführt, aber den Arbeitgeber kostet dieser Arbeitnehmer. Dies nur als Randbemerkung. An den Steuern müssen wir arbeiten.

Gehen wir weiter. Was haben wir noch? – Genau, die schnellstmögliche Auszahlung der geplanten steuerfreien Entlastungsprämie durch den Freistaat an seine Angestellten. Auch darüber kann man reden, aber ich frage mich, ob gerade die richtige Zeit dafür ist, die Bediensteten im öffentlichen Dienst hier besserzustellen als jene, die alles am Laufen halten und diese indirekt bezahlen. An diese müssen wir zuerst denken.

Deshalb haben wir auch einen Dringlichkeitsantrag mit den richtigen Forderungen gestellt: Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Abgabe, Senkung der Energiesteuer und der Umsatzsteuer auf Benzin und Diesel, Aussetzung der CO<sub>2</sub>-Komponente bei der Lkw-Maut, keine Einführung eines Tempolimits, Senkung der Stromsteuer und der Umsatzsteuer auf Strom für alle Abnehmer auf das EU-Mindestmaß. Hier gebe ich Ihnen recht. Das

ist gut. Diese Forderung übernehmen wir auch gerne. Aussetzung des ETS 1, Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes und des Wärmeplanungsgesetzes, Auslaufen sämtlicher klima- und energiewendebezogener Subventionen. Wenn Sie jetzt sagen, Sonne und Wind sind kostenlos, stelle ich fest: Ja, das mag sein, aber die Infrastruktur ist nicht kostenlos, und die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben. Es gibt kein Land auf dieser Welt, das so viel Geld in diese Energiepolitik gesteckt hat. Als Ergebnis – das müssen wir feststellen – haben wir die teuersten Energiepreise weltweit.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist empirisch bewiesen, dies ist ein klarer Irrweg, meine Damen und Herren.

Was den Antrag der SPD betrifft, wozu soll ich darauf eingehen? – Ihre einzige Lösung ist, die Reichen zu besteuern. Sehen Sie es sich doch an! Übergewinnsteuer auf europäischer Ebene. Das Einzige, was Sie tun, besteht darin, die Unternehmen noch mehr zu belasten. Das ist kein Lösungsweg. Das ist eine lächerliche und beleidigende Politik gegenüber den Unternehmern, die alles am Laufen halten.

Meine Damen und Herren, wir werden den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN sowie den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD ablehnen und bitten um Zustimmung zum Antrag der AfD.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, Herr Kollege, von Frau Kollegin Triebel. Bitte.

**Gabriele Triebel (GRÜNE):** Herr Jurca, Sie beschäftigen einen Mitarbeiter, der rechtskräftig als Vergewaltiger verurteilt ist. Er hat unter anderem seine Lebensgefährtin im Schlaf vergewaltigt. In der "Augsburger Allgemeinen" werden Sie unlängst zitiert, dass Sie sich mit den Vorwürfen auseinandergesetzt haben und darin eine Beziehungstat sehen. Meine Frage an Sie lautet: Ist für Sie Vergewaltigung in der Ehe bzw. in einer

Beziehung eine Beziehungstat, oder, was es nach dem Recht tatsächlich ist, eine Straftat?

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

**Andreas Jurca (AfD):** Gerade weil es sich um eine so schreckliche Tat handelt, muss man die Vorwürfe sehr genau betrachten. Erweisen sich diese Vorwürfe als falsch, ist es für die geschädigten Männer umso schlimmer. Meine Damen und Herren, Sie dürfen nicht mehr auf Russland oder China zeigen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wenn Sie jemanden für sieben Monate in Untersuchungshaft stecken, während der Vater im Sterben liegt, geht jeder einen Deal ein. Entschuldigung, was sind denn das bitte für Justizmaßnahmen? Das rechtsmedizinische Gutachten war negativ. Der Mann war verzweifelt. Da geht jeder einen Deal ein. In Untersuchungshaft geht jeder irgendwann einen Deal ein. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich hätte dieses Thema gar nicht rausgeholt. Er hat seine Strafe bekommen, er hat sie akzeptiert. Ich persönlich halte das für einen Riesenjustizirrtum, und ich bin der Meinung, er hätte diesen Deal niemals akzeptiert, wenn er nicht seiner Freiheit beraubt worden wäre.

(Michael Hofmann (CSU): Seltsames Verständnis! – Gülseren Demirel (GRÜNE):  
Untersuchungshaft ist also Freiheitsberaubung? Heftig!)

Meine Damen und Herren, es ist unmöglich, wie hier gegen Bürger vorgegangen wird. Ich stehe vor meinem Mitarbeiter.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Herr Kollege von Brunn für die SPD-Fraktion. Bitte.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vizepräsident! Da bleibt einem die Spucke weg.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Aber wirklich!)

Aber wir müssen zum Thema zurückkommen, das wir hier diskutieren.

Donald Trump hat mit seinem Irankrieg die Welt ins Chaos gestürzt. Die Straße von Hormus ist dicht, das Öl fließt nicht mehr, und wir spüren das alle jeden Tag an jeder Zapfsäule und an der Gasrechnung. Die Internationale Energieagentur sagt, es ist die größte Ölkrise, die wir je hatten. Was mich tatsächlich wundert: Wenn ich mich umschaue, sehe ich dort einen einzelnen Staatssekretär sitzen; den Ministerpräsidenten und die anderen Minister interessiert das Thema offensichtlich nicht. Das finde ich schon ziemlich beschämend.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Die jüngste Waffenruhe wackelt schon wieder. Der Iran greift am ersten Tag weiter an. Donald Trump kündigt am Samstag eine eigene Blockade der Straße von Hormus durch die US-Marine an. Niemand weiß also, was nächste Woche passiert oder wie die Situation in drei Monaten ist. Es geht nicht nur um Sprit, es geht auch um Gas. Katars LNG-Anlage, die größte der Welt, ist beschädigt. Die Reparatur dauert nach Expertenschätzung drei bis fünf Jahre, und wir brauchen Gas. Auch das wird also für Millionen Mieterinnen und Mieter, die mit Gas heizen, und für unsere Stromversorgung teurer.

(Michael Hofmann (CSU): Die Amis haben Katar aber nicht beschossen!)

Goldman Sachs warnt, der Ölpreis steige bei einer weiteren Eskalation vielleicht auf 120 Dollar pro Barrel, vielleicht auf 150 Dollar pro Barrel. Das hieße dann fast drei Euro pro Liter Diesel. Das ist kein Horrorszenario, das ist ungefähr die Mitte der Prognosen. Aber ich sage Ihnen: Wir sind dem nicht hilflos ausgeliefert. Wir können etwas dagegen tun, und wir müssen etwas tun.

Der Titel des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN "Raus aus der fossilen Kostenfalle" stimmt, aber der Antrag hält nicht, was er verspricht. Der Pendler, der morgens früh um sechs Uhr in Niederbayern ins Auto steigen muss, weil auf dem Land kein Bus fährt, braucht jetzt einen bezahlbaren Spritpreis. Dazu steht leider in Ihrem Antrag nichts: kein Preisdeckel, keine Übergewinnsteuer, kein einziges Instrument gegen die Abzocke an der Zapfsäule. Die Entlastungsprämie, die Sie fordern, ist seit Sonntag von der Koalition beschlossen. Der Solarbonus klingt toll, aber kein Mensch weiß, wie das praktisch funktionieren soll. Ihr Dringlichkeitsantrag ist eher eine Sammlung von Wünschen, aber keine Antwort auf die Krise.

(Beifall des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Wenigstens einer muss klatschen.

(Michael Hofmann (CSU): Wenn Sie schon einmal etwas Richtiges sagen, muss man auch klatschen!)

Finanzminister Lars Klingbeil – da dürfen Sie auch klatschen – hat von Anfang an das Richtige gefordert: einen Preisdeckel, eine Übergewinnsteuer und eine Mobilitätsprämie. In Luxemburg, in Belgien, in Griechenland gibt es staatliche Höchstpreise – das sind keine sozialistischen Länder –, und das funktioniert. Die Union hat es leider nicht mitgetragen. 17 Cent Steuersenkung für zwei Monate war der Kompromiss, der möglich war, immerhin.

Aber zwei Monate werden nicht reichen; das sage ich Ihnen ganz ernst. Bundeskanzler Merz sagt selbst, dass danach die Preise wieder steigen. Und wir wissen vom Tankrabatt 2022, dass ein Teil der Steuersenkung bei den Ölkonzernen und nicht bei den Menschen landet. Ich sage voraus: Die Realität wird der Lehrmeister sein. Die Koalition wird mit einem Mechanismus nachlegen müssen, der wirkt, solange die Krise dauert, der entlastet, aber auch Sparanreize setzt, genau wie die Gaspreisbremse, mit einer Übergewinnsteuer zur Finanzierung, für die inzwischen sogar Markus Söder eintritt.

Zur AfD, die den Klimaschutz beerdigen will und heute mit dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 13 wieder fordert, Öl und Gas aus Russland zu kaufen, sage ich: Nein, jeder Euro nach Moskau finanziert Bomben auf ukrainische Städte, tötet Menschen und stabilisiert Putins grausame Diktatur.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir kaufen kein Blutöl von diesem Mörder. Das kommt für uns nicht in Frage.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer aus dieser Krise die richtige Lehre ziehen will, der bremst die Energiewende nicht wie Frau Reiche, sondern beschleunigt sie. Das heißt: den Ausbau der erneuerbaren Energien jetzt noch entschlossener vorantreiben, Netze ausbauen und Speicher ausbauen. Jetzt muss tatsächlich die Stromsteuer für alle sinken. Das steht im Koalitionsvertrag, das muss kommen.

Die E-Mobilität muss jetzt gefördert werden, damit die nächste Ölkrise nicht mehr die Pendler trifft, nicht mehr jeden Pendler jedenfalls. Aber auch Wärmepumpen müssen gefördert werden, damit Millionen Haushalte nicht mehr am Gaspreis hängen. Jedes E-Auto, jede Wärmepumpe, jeder Batteriespeicher ist ein Stück Freiheit, Freiheit von Trump, von Putin, von den Ölkonzernen. Das ist der Weg raus aus der fossilen Kostenfalle. Wir wissen, wie es geht. Lassen Sie uns das jetzt machen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Jenny Schack für die CSU-Fraktion. Bitte.

**Jenny Schack (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sehen es gerade akut: Die derzeitige Energie- und Rohstoffkrise trifft uns natürlich auch sehr hart in Bayern – alle Menschen merken es –: beim Tanken, im

Alltag und bei allem, was wir gerade tun, beim Heizen beispielsweise. Uns liegen heute drei Anträge vor, die eine entsprechende Entlastung versprechen. Wir haben es eben schon gehört.

Wir als CSU-Fraktion teilen natürlich das Ziel, die Menschen alle spürbar zu entlasten. Wir setzen dabei auf Maßnahmen, die sich gut umsetzen lassen und die natürlich auch wirken.

Sie alle haben es mitbekommen, am Wochenende hat die Koalition auf Bundesebene das Energie-Sofortprogramm beschlossen. Wir haben es eben auch noch einmal ausführlicher gehört, und Sie haben es mitbekommen. Dort wurde entschieden, die Energiesteuer auf Benzin und Diesel für zwei Monate um 17 Cent pro Liter zu senken. Wir haben auch gehört, dass das natürlich nicht das Ende der Fahnenstange ist, aber es ist ein erster sofort wirkender Impuls. Das bringt eben an der Zapfsäule bei den Pendlern, bei Handwerkern, die viel unterwegs sind, bei Betrieben, aber auch natürlich in der Landwirtschaft sofort Entlastung.

Gleichzeitig wird das Wettbewerbsrecht verschärft. Das Bundeskartellamt bekommt mehr Möglichkeiten, Preisbewegungen entlang der Lieferkette zu kontrollieren, und an den Tankstellen werden Preiserhöhungen stärker begrenzt. Wichtig dabei ist: Wenn der Staat verzichtet, sollten nicht die Konzerne profitieren, sondern die Menschen, die jeden Tag darauf angewiesen sind, dass der Sprit bezahlbar bleibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist unser Ansatz: Entlastung dort, wo die Kosten entstehen, verbunden mit klaren Regeln für einen fairen Markt.

Es gibt verschiedene Anträge; ich darf sie nach und nach anschauen und vielleicht ein oder zwei Stichpunkte dazu sagen. Das Anliegen der GRÜNEN, mit ihrem Antrag die Menschen zu entlasten, wo es noch keine guten Alternativen für fossile Energien gibt, ist natürlich richtig. Die Vorschläge, wie man da hinkommen will, ergeben meiner

Ansicht nach in vielerlei Punkten keinen Sinn. Ich sage das eher selten, aber ich schließe mich Herrn von Brunn an. Da gibt es die Frage der Finanzierung und auch die Frage, wie dieses Klein-Klein – –

(Katharina Schulze (GRÜNE): Übergewinnsteuer!)

– Zur Übergewinnsteuer gab es auch bei uns unterschiedliche Positionen; das ist auch sehr klar von uns besprochen worden. Ich gehöre zum Beispiel zu denen, die gesagt haben, dass man sich das durchaus anschauen muss. Da kann man ja durchaus flexibel sein.

(Beifall der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

Die GRÜNEN wollen das Deutschlandticket weiter verbilligen und das 9-Euro-Jugendticket einführen; das klingt wahnsinnig charmant. Die GRÜNEN haben oftmals Vorschläge, die sich zunächst wahnsinnig charmant anhören. Das ist super für das Klientel in der Großstadt, wenn der ÖPNV funktioniert. Da ist alles super. Das hilft den Menschen im ländlichen Raum aber überhaupt nicht. Sie fahren mehrheitlich mit dem Auto zur Arbeit, sie fahren mehrheitlich mit dem Auto ihre Kinder zur Schule. Dort ist man einfach anders unterwegs. Ich fände auch super, wenn wir das alles bezahlen könnten und wenn alle zehn Minuten ein Bus vor der Tür stehen würde, der uns dann in einem Zehn-Minuten-Takt überall hinfährt. Das ist leider nicht machbar, das ist im ländlichen Raum nicht bezahlbar, und da muss man einfach einmal den Tatsachen ins Auge sehen. Das Deutschlandticket zu verbilligen und das 9-Euro-Jugendticket einzuführen, ist reine Klientelpolitik, und das müssen wir einfach einmal offen benennen.

Auch beim Thema Tempolimit bleiben wir zurückhaltend. Es wird den Preis akut nicht senken, ergibt also auch hier wenig Sinn, und vor allem können Sie das doch tun. Jeder kann auf die Bremse treten. Niemand muss 180 fahren. Jeder kann auf der Autobahn, wenn er möchte, 130 fahren und entspannt ankommen, wunderbar. Aber das ist die Freiheit, die jeder für sich selbst hat. Jeder kann entscheiden, wie schnell er fahren will und wie viel er entsprechend ausgibt. Ich rate dringend dazu, dass wir

das so beibehalten; denn das ist die Freiheit, die wir den einzelnen Menschen in ihren Autos geben.

Beim gewünschten Mobilitätsgeld statt Pendlerpauschale ist unsere Position ebenfalls klar. Die Pendlerpauschale als sozial ungerecht zu bezeichnen, blendet einfach aus, dass sehr viele Menschen – ich habe es eben schon ausgeführt – im ländlichen Raum ohne ihr Auto gar nicht zur Arbeit, zur Schule oder wohin auch immer kommen würden. Ein einkommensabhängiges Mobilitätsgeld wäre zudem eine zusätzliche staatliche Transferleistung, hinter der wieder wahnsinnig viel Bürokratie stecken würde. Die Finanzämter dürften dann die neue Ausbezahlstelle werden. Das Steuerrecht würde noch komplizierter werden. Wenn wir uns die Maßgabe setzen – das tun die GRÜNEN auch –, dass wir Bürokratie abbauen wollen, ist dieser Vorschlag der absolut falsche Weg, meine Damen und Herren.

Unser Weg ist einfacher und vor allem schneller. Wir senken die Belastung direkt, etwa über die Energiesteuer, statt mit immer neuen Ausgleichszahlungen daherzukommen, diese zu fordern, möglichst auch noch zu erfinden und am Ende des Tages möglichst viel Bürokratie zu fördern.

Der kostenlose Energiecheck für alle Haushalte, der noch angesprochen wurde – ich werde die einzelnen Punkte jetzt vielleicht ein bisschen schneller abhaken –, ist unserer Ansicht nach ebenfalls schwierig. Es wäre ein System mit der Gießkanne, man würde einfach mal pauschal drübergehen. Auch da ist die Frage, wie man das bitte schön alles finanzieren will. Wenn man sich energietechnisch beraten lassen möchte, gibt es etwa bei meinem Landratsamt wunderbare Möglichkeiten. Man kann hingehen und sagen: Beratet mich. Wie kann ich das beispielsweise mit meinem Haus besser gestalten?

Dann gibt es noch den AfD-Antrag. Der geht in eine völlig andere Richtung. Er will CO<sub>2</sub>-Abgaben und den Emissionshandel aussetzen, Steuern und Abgaben auf fossile Energien weit herunterfahren und zentrale Instrumente der Klima- und Energiepolitik

abschaffen. Gleichzeitig setzt er darauf, fossile Importe wieder deutlich auszuweiten. Das würde uns – wir haben es schon gehört, deswegen halte ich es kurz – wieder von Ländern abhängig machen, die aus unserer Sicht sicherheitstechnisch schwierig sind. Aus Sicht der CSU würden wir uns damit aus Sicherheits- und Energiegründen abhängig machen. Wir würden das wieder zulassen. Also ein klares Nein, eine klare Absage auch an diesen Antrag.

Es bleibt der Antrag der SPD: Ja, gut beschrieben. Ich kann einfach nur sagen, dass wir in vielen Teilen zustimmen können, was die Analyse anbelangt. Sie beschreiben die Lage auf den Energie- und Rohstoffmärkten sehr deutlich: blockierte Seewege, also die Straße von Hormus, Risiken, stark steigende Ölpreise, langwierige Schäden auch an der Gasinfrastruktur. Die Einschätzung, dass uns diese Krise länger beschäftigen wird, teilen wir. Ich glaube, fast jeder in diesem Hohen Haus teilt sie; das wird in Zukunft weiterhin sehr große Herausforderungen mit sich bringen.

Nun fordern Sie viele Dinge – wir haben gerade darüber gesprochen –: eine europäische Übergewinnsteuer, eine bundesweite Senkung der Stromsteuern, eine beschleunigte Elektrifizierung von Verkehr und Wärme. Zumindest über viele langfristige Ziele wie Netzausbau, Speicher, Elektromobilität, Wärmepumpen und Ähnliches besteht weitgehend Konsens, auch mit uns. Da stehen wir teilweise, zumindest in den Bundesvereinbarungen, schon sehr nahe beieinander. Aber – da müssen Sie sich auch ehrlich machen – die SPD im Bund hat am Wochenende gemeinsam mit CDU und CSU genau das Energie-Sofortprogramm beschlossen, über das wir gesprochen haben, also 17 Cent Senkung an der Zapfsäule und die Verschärfung der Marktregeln. Jetzt im Landtag zusätzliche Instrumente zu fordern wie eine – wohlgemerkt – nationale Spritpreisbremse, ändert an diesen Rahmenbedingungen nichts.

Alles in allem zusammengefasst: Wir denken, dass wir den Menschen mit den Maßnahmen, mit denen wir jetzt begonnen haben und die wir im Bund sehen, helfen können. Es muss weiter nachgelegt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit sind die anderen Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Stümpfig hat eine Zwischenbemerkung.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Liebe Kollegin Schack, Jenny, du bist sehr intensiv auf das Deutschlandticket eingegangen. Ende 2024 hatten 14 Millionen Menschen in Deutschland das Deutschlandticket. Dann habt ihr es verteuert. Dann ging es auf 13 Millionen herunter. Wir wollen es verbilligen; denn es war eine richtige Revolution. 14 Millionen Menschen haben es in der Hochphase genutzt. Da kann man nicht einfach sagen, das seien nur wenige, sondern es wurde wirklich ganz, ganz breit genutzt. Das könnte wirklich vielen Menschen helfen. Daher ist das ein klarer Ansatz. Im Gegensatz dazu ist eine Verbilligung, dass man jetzt sagt, für zwei Monate 17 Cent weniger, ein reines Strohfeder. Wir haben damals in der Ampel-Regierung ganz klar, um auf die Energiekrise zu reagieren, das Deutschlandticket eingeführt. Das haben wir heute noch. Das sind Maßnahmen, die wir eigentlich bräuchten.

Meine Frage geht jetzt in Richtung Katherina Reiche. Sie greift wirklich massiv die erneuerbaren Energien an. An das Solarland Bayern wird die Axt angelegt; bald können wir keine Windkraftanlagen mehr bauen. Hält die CSU an Katherina Reiche fest?

(Lachen bei der CSU)

Haltet ihr an einer Katherina Reiche fest, –

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** – die sich alles von EnBW und E.on in die Feder diktieren lässt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Jenny Schack (CSU):** Da müssen Sie jemand anderen fragen, weil dafür nicht die CSU zuständig ist.

(Zurufe von den GRÜNEN: Doch!)

Grundsätzlich sehen wir sehr viele sehr gute Dinge, die sie sehr schnell umsetzt. Aber gleichzeitig haben wir – das haben wir heute schon gehört – auch aus unseren eigenen Reihen heraus sehr deutlich formuliert, dass wir nicht alles zu 100 % perfekt finden. Auch da gehen wir in einen Dialog, den wir nicht immer laut und öffentlich hinausschreien müssen, sondern wir versuchen, das Bestmögliche zu finden. Ich glaube, das werden wir auch tun.

Die anderen Fragen – bei dir sind es immer ganz viele – versuche ich zusammenzufassen. Das Deutschlandticket ist als Idee toll. Ich selber hatte es auch, ich habe es nicht mehr. Ich kenne viele, die es nutzen. Aber ich habe darauf abgehoben, dass wir es gar nicht nutzen können, wenn wir die Infrastruktur dafür nicht haben und es für uns im ländlichen Raum überhaupt keinen Sinn ergibt. Wenn wir uns die Zahlen genauer anschauen, wissen wir, wie die Verteilung des Geldes entsprechend ist. Deswegen müssen wir sagen, dass es nicht das große Geschenk ist, das vom Himmel kam.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Dann haben wir noch eine Wortmeldung für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Kollege Stefan Frühbeißer.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Seit mehr als einem Monat haben wir aufgrund der geopolitischen Situation diese Spritpreisexplosion. So ziemlich genau seit vier Wochen – gefühlt länger – laufen politische Gruppierungen mit einem Bauchladen von Vorschlägen durch die Plenarsäle, um anzusetzen und die Bevölkerung zu entlasten.

Ich sage Ihnen eines: Die Bevölkerung hat die Faxen dick. Wir haben Vorschläge, die im Detail durchaus diskussionswürdig sind. Wir haben Vorschläge, bei denen man sagt: Ja, sie könnten greifen, sie würden greifen, aber auch erst in der Zukunft. Aber

unsere Bevölkerung und vor allen Dingen unser Handwerk und unsere Unternehmen brauchen jetzt sofort eine Entlastung.

Wir haben die Situation, dass bei den Vorschlägen immer nur an Teilbereiche gedacht wird. Kollege Stümpfig, ich sehe Sie schon, Sie wollen in München – natürlich in den Großstädten – vor den Ministerien winken. Ich sage Ihnen: Gehen Sie einmal in den ländlichen Raum, gehen Sie einmal in die Dörfer und die Weiler, und winken Sie der Bevölkerung mit dem Deutschlandticket zu. Schauen Sie, was die Bevölkerung dort denkt, wo keine Züge fahren oder die Busverbindungen miserabel sind, was sie davon hält. Sie braucht sofort eine Hilfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Es sind die Rentnerinnen und Rentner. Da hilft es überhaupt nichts, wenn ich das an das Einkommen knüpfe.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Da hilft es überhaupt nichts, wenn ich eine Pendlerpauschale in irgendeiner Form vorsehe und meine, ich könnte damit die Bevölkerung entlasten. Wir brauchen das insgesamt. Die Erfahrung lehrt uns auch – das ist genau der Punkt –, dass es beim Rohöl nicht nur um Verbrennermotoren und die Diskussion, die zu den Regenerativen geführt wird, geht, sondern darum, dass unsere Industrie, Unternehmen und Produkte genauso darauf angewiesen sind. Die ganze Logistik hat das Problem.

Was ist die Folge, wenn wir nicht sofort handeln und schnellstmöglich Ergebnisse liefern? – Dass wir eine Teuerung haben, dass wir gewaltige Preissteigerungen haben werden. Das trifft genau die, die am meisten zu leiden haben. Dann müssen wir diese Vorschläge, über die Sie sich unisono vielleicht wirklich ernsthaft Gedanken machen, diskutieren. Aber das sind Punkte, die vielleicht erst in Wochen und Monaten oder in Jahren wirken. Es ist schon angedeutet worden: Wir werden das wahrscheinlich

brauchen, weil wir nicht darauf setzen können, dass diese Krise, wie wir die Situation so nennen müssen, in Kürze erledigt ist.

Der Lösungsvorschlag für die einfach entstandene Situation, dass sich die Preise verteuert haben, ist genauso einfach: Abgabenlast runter, CO<sub>2</sub>-Steuerbelastung runter und dafür sorgen, dass das Kartellamt die Möglichkeit hat, aktuell mit der Überprüfung zu reagieren, nicht erst im Nachhinein. Wir werden gemeinsam an weiteren Wegen arbeiten und darüber diskutieren, wie wir mit konkreten Maßnahmen noch weiter unterstützen können, weil die Herausforderung andauern wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Eine Zwischenbemerkung: Kollege Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Kollege Frühbeißer, ich wollte Sie nur mal fragen: Wer ist denn in Bayern an der Regierung?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja, genau!)

Wo ist denn der Wirtschaftsminister Aiwanger? Wo sind denn seine Vorschläge, seine Maßnahmen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, wir machen Vorschläge für Maßnahmen. Natürlich ist das so. Wir sind Opposition, wir machen Vorschläge. Es wäre an Ihnen zu handeln. Aber wo wird denn hier gehandelt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Punkt ländlicher Raum. Ich wohne im Landkreis Ansbach. Mein nächster Bahnhof ist 15 km von meiner Haustür entfernt. Wir haben Busse im Landkreis Ansbach. Wir haben ein Defizit von 10 Millionen Euro in den letzten zwei Jahren. Die Staatsregierung tut nichts dafür, dass dieses Defizit im ländlichen Raum aufgehoben wird.

Nächste Woche haben Sie in Ihrem Haushaltsentwurf wieder drin, dass im ÖPNV nichts erhöht wird. Wir bleiben auf diesem Defizit sitzen. Dann ist da der neue Landrat der FREIEN WÄHLER. Der wird wahrscheinlich alles zusammenstreichen, was die Busse angeht. Das ist momentan Fakt. Tatsächlich fahren die Menschen auch bei mir im ländlichen Raum mit dem Deutschlandticket. Das wird genutzt.

(Michael Hofmann (CSU): Weil es günstiger ist als das Monatsticket! Weil ihr die Preise kaputt gemacht habt!)

Eine Verbilligung würde morgen schon helfen. Das wird auch im ländlichen Raum so sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Stümpfig, Sie entlarven Ihre Argumentation selber. Wer in den letzten Wochen ferngeschaut hat und die Interviews mit Hubert Aiwanger gesehen hat, wer seine Wortmeldungen, seine Veröffentlichungen gesehen oder gelesen hat, weiß, dass da ganz genau diese Forderungen drin waren, nämlich die Abgaben auf den Spritpreis zu senken. Genau das ist der Punkt, der sofort hilft, der sofort wirkt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sind die Maßnahmen, die wir als Regierungskoalitionspartner hier bringen.

Zum anderen Punkt muss ich sagen: Schön, wenn Sie nur 15 km zum Bahnhof haben. Ich gehe gern einmal mit Ihnen irgendwo in das Fichtelgebirge oder in den Frankenwald. Dann sehen wir, dass es dort vielleicht 30 oder 40 km bis zum nächsten Bahnhof sind. Wenn wir das Ganze finanzieren wollen – das ist übrigens auch von der Vorrednerin schon angesprochen worden –, dann werden wir das mit Sicherheit

so nicht stemmen können, in der Fläche sicherzustellen, dass wir gerecht mit den Möglichkeiten umgehen, sprich mit öffentlichen Mitteln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst lasse ich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/11442.

Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/11456 seine Zustimmung geben will, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11457 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.